

Globalisierung: Schrecken oder Chance?

Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Versachlichung
der Diskussion im Vorfeld des G8-Gipfels in
Heiligendamm

Ein schwieriges Thema im Meinungsbild der
Volkswirte an der Universität Münster

Interviews mit

Prof. Dr. Theurl,
Prof. Dr. Apolte,
Prof. Dr. Dieckheuer,
Prof. Dr. Grossekkettler,
Prof. Dr. van Suntum

Erhoben und bearbeitet von Maximilian Murck
Student der Volkswirtschaftslehre an der WWU

1. Auflage Münster 2007

© Maximilian Murck – alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindearbeiten: AStA Druckerei WWU Münster

Druckkostenzuschuss: AStA der WWU Münster

Druckkostenzuschuss: Fachschaftenkonferenz der WWU Münster

Kontakt: m.murck@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

Globalisierung: Schrecken oder Chance?

1.	<u>Einführung</u>	05
2.	<u>Methodische Konzeption</u>	06
3.	<u>Ergebnisse der Expertenbefragung</u>	07
	3.1 Ansichten zur Globalisierung: Übereinstimmung und Dissens	08
4.	<u>Die Interviews</u>	09
	4.1 Verteilungseffekte zwischen Ländern und Regionen	09
	4.2 Stabilität der Finanzmärkte und Regulierungsansätze	14
	4.3 Verlagerung von Arbeitsplätzen	21
	4.4 Auswirkungen von Agrarsubventionen	27
	4.5 Verantwortung Deutschlands für die Armutsbekämpfung	30
	4.6 Möglichkeiten des G8-Gipfels	34
	4.7 Legitimität des G8-Gipfels	37
5.	<u>Schlussbemerkung und Bewertung</u>	40

1. Einführung

Seit mehr als einem Jahrzehnt werden Veränderungen in der Weltwirtschaft vor allem mit dem Begriff „Globalisierung“ verbunden. Natürlich gab es vorher internationalen Handel und internationale Arbeitsteilung, nie zuvor scheint dieser Prozess aber so dynamisch gewesen zu sein wie in unserer Zeit. Wichtige Ursachen dafür sind sicherlich der technische Fortschritt, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch der politische Umbruch durch den Zusammenbruch des Ostblocks. Seither sind viele Grenzen nicht nur für die Menschen, sondern auch für das Kapital offener geworden – jetzt ist mehr oder weniger die ganze Welt ein offener Markt.

Diese Entwicklung wird von den Menschen offensichtlich nicht nur positiv beurteilt, sondern sie bringt viele Probleme und Ängste mit sich. Die konkrete Sorge um den eigenen Arbeitsplatz verbindet sich mit dem Gefühl, unbekannten Entscheidungsträgern und Prozessen machtlos ausgeliefert zu sein. Das Unternehmen, in dem man beschäftigt ist, ist möglicherweise nicht nur verschärftem internationalem Konkurrenzdruck ausgesetzt, sondern es wird vielleicht sogar von „Heuschrecken“ übernommen.

Was von vielen Menschen und sicherlich auch Unternehmungen mit Sorge verfolgt wird, ist aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht nicht per sé etwas Schlechtes. Denn zunächst handelt es sich um nichts anderes als eine Erweiterung von Märkten mit Möglichkeiten zu verstärkter Arbeitsteilung und größerer Mobilität von Kapital und Arbeit.

Die unterschiedlichen Auffassungen zur Globalisierung bzw. vieler damit verbundener Fragen prallen spätestens seit dem WTO Treffen in Seattle 1999 insbesondere anlässlich der so genannten G8 Gipfel mit besonderer Wucht und unter hohem medialem Interesse aufeinander. Heiligendamm 2007 ist also ein wichtiger Anlass, um über die Vor- und Nachteile der Globalisierung und die Notwendigkeit ihrer politischen Regulierung zu diskutieren. Anlass genug für mich, den wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand an der Universität Münster zu diesem Thema zu erfragen und die

Ergebnisse für die weitere Diskussion, insbesondere unter den Kommilitonen, aufzubereiten.

Darüber hinaus soll diese Broschüre in verständlicher Form zur Meinungsbildung bei allen gesellschaftspolitisch interessierten und engagierten Personen und Gruppierungen beitragen. Es geht darum, die Polarität von schlichtem Antikapitalismus einerseits und unkritischer Befürwortung von Globalisierungsprozessen andererseits aufzuheben.

2. Methodische Konzeption

Selbstverständlich können nicht alle Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung im Rahmen einer kleineren Studie und Broschüre durch einen Studierenden aufgegriffen und bearbeitet werden. Der Aussagekraft der Studie werden also durch die tatsächlichen Möglichkeiten deutliche Grenzen gesetzt. Dennoch wollte ich Argumente zu zentralen Aspekten des Themas erfassen und zur Diskussion stellen.

Mein methodischer Weg dafür war es, globalisierungskritische Positionen, sowohl aus der Wissenschaft (z.B. von Prof. Stiglitz) als auch von politischen Gruppierungen (z.B. attac) in Fragen zu formulieren und diese Fragen den VWL-Professoren der Westfälischen Wilhelms Universität Münster (WWU) vorzulegen. Auf diese Weise wollte ich herausfinden, welche kritischen Argumente und Forderungen durch den Sachverstand der WWU gestützt oder aber verworfen werden.

Das Ergebnis sind sieben Fragen und die entsprechenden Antworten von fünf Professoren. Bei der Erarbeitung des Frageleitfadens (Januar 2007) musste ich sowohl meine „studentische Freizeit“ als auch die zeitlichen Möglichkeiten der Professoren berücksichtigen. Die durch ein Diktiergerät aufgezeichneten Interviews (Februar/März 2007) haben im

Durchschnitt 30 Minuten gedauert, sie sind von mir anschließend aufgeschrieben und den Professoren zur Korrektur vorgelegt worden.

Für ihre Auskunftsbereitschaft möchte ich mich an dieser Stelle bei Frau Professorin Theurl und bei den Professoren Apolte, Dieckheuer, Grosseckttler und van Suntum noch einmal herzlich bedanken.

Die Fragen beziehen sich vor allem auf folgende Einzelaspekte:

- Verteilungseffekte zwischen Ländern und Regionen
- Stabilität der Finanzmärkte und Regulierungsansätze
- Verlagerung von Arbeitsplätzen
- Auswirkungen von Agrarsubventionen
- Verantwortung Deutschlands für die Armutsbekämpfung
- Legitimität und Möglichkeiten des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007

3. Ergebnisse der Expertenbefragung

Die Antworten der Professoren werden in Kapitel 4 so dargestellt, dass die fünf Antworten zu den einzelnen Fragen direkt nacheinander gelesen und somit gut verglichen werden können. Diese synoptische Darstellung schien mir fruchtbarer und spannender als die Wiedergabe der kompletten Interviews. In meinen folgenden Anmerkungen habe ich notiert, in welchen Punkten die Professoren mehr oder weniger gleicher Ansicht sind oder sich unterscheiden. Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass es sich sogar bei vollkommener Übereinstimmung der fünf

Professoren nicht unbedingt um „der Weisheit letzten Schluss“ handeln muss, trotzdem hat solche Konsenz fachliches Gewicht.

3.1 Ansichten zur Globalisierung: Übereinstimmung und Dissens

Den Einschätzungen aller Professoren zufolge ist Globalisierung ein Prozess, von dem die Weltwirtschaft insgesamt nur profitieren kann. Sie gehen dabei davon aus, dass grundsätzlich alle Länder zumindest längerfristig Vorteile haben werden. Was heute unter Globalisierung verstanden wird, ist für sie nur die Fortsetzung eines Prozesses der internationalen Arbeitsteilung, der spätestens mit der industriellen Revolution in England begonnen hat. Mehr und mehr beteiligen sich auch Länder an dieser vermehrten internationalen Arbeitsteilung, die sich noch in den 90er Jahren bewusst von den Weltmärkten abgeschottet hatten. Dadurch geraten die Industrienationen unter verstärkten Konkurrenzdruck. Gerade niedrig qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland haben es schwer gegen „Billiglohnländer“ weiter zu bestehen, eine temporäre Unterstützung der Betroffenen ist nötig (z.B. Kombilöhne oder soziale Absicherung bei Arbeitsplatzverlust). Anpassungsfähigkeit und Flexibilität von Arbeitnehmern wie auch Unternehmen müssen, nach Meinung aller Professoren, gefördert werden.

Bei der Notwendigkeit einer Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs finden sich unterschiedliche Ansichten. Spekulation sei nicht unbedingt etwas Schlechtes. Die Frage, ob durch Hedge Fonds eine Gefahr für die Märkte ausgeht, bleibt umstritten.

Die Tobinsteuer wird von allen Professoren abgelehnt. Dabei werden viele Gründe genannt – einig ist man sich, dass es viele Umgehungsmöglichkeiten gibt und die Steuer nicht zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen kann. Alternativen, wie internationale Regelungen oder ein Rating der Hedge Fonds, werden vorgeschlagen.

Argrarsubventionen fügen, nach übereinstimmender Einschätzung, nicht nur massiv den Entwicklungsländern, die Agrarexporteure sind, sondern auch der eigenen Volkswirtschaft in Deutschland Schaden zu. Insbesondere die Subventionierung des Exports von Agrargütern in Entwicklungsländer, z.B. durch die EU, ist „ein Skandal“. Deshalb kommen die Professoren zu dem Ergebnis, dass die Abschaffung dieser Subventionen vermutlich das beste Mittel zur weltweiten Armutsbekämpfung sei.

Eine enge Kommunikation der acht größten Industrienationen und somit auch die G8 Gipfel sind grundsätzlich sinnvoll – mit acht Parteien ist es einfacher, Entscheidungen zu treffen. Unterschiedlich sind dagegen die Einschätzungen zu den Fragen, ob die Ergebnisse nicht bereits vor den eigentlichen Treffen feststehen und wie eine Kosten/Nutzenrechnung der Gipfel aussehen würde.

4. Die Interviews

4.1 Verteilungseffekte zwischen Ländern und Regionen

Frage: Die Globalisierung hat Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands zwischen den Nationen und Regionen. Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger fordert „prinzipiell ein mehr an Umverteilung zwischen den Starken und den Schwachen“.¹ Teilen Sie diese Auffassung? Worauf kommt es nach ihrer Ansicht in diesem Zusammenhang an?

¹ „Wir sind besser, als wir glauben“, Peter Bofinger

Professorin Theurl:

Die meisten wirtschaftlichen Entwicklungen haben in der langen Frist auch Umverteilungswirkungen. Dies gilt ebenso für die Globalisierung. Bei dieser finden solche Effekte in zwei Dimensionen statt. Zum einen geht es um die Umverteilung zwischen Ländern und zwischen Regionen, zum anderen kann eine Umverteilung innerhalb eines Landes und innerhalb einer Region erfolgen.

Für beide Fälle existieren inzwischen eine eindeutige empirische Evidenz und reichhaltiges statistisches Material. Für die erste Verteilungsdimension gilt, dass es jene Länder sind, die zunehmend ärmer werden, die nicht an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen. Voraussetzungen für positive Umverteilungswirkungen durch die Globalisierung sind also die Bereitschaft von Staaten, Regionen und Menschen für eine Öffnung und für Internationalisierung. Dazu müssen natürlich weitere Standortfaktoren, institutionelle Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitische Voraussetzungen kommen, die entsprechende Entwicklungsprozesse unterstützen können. Die Fakten bezüglich der globalisierungsbedingten Umverteilung innerhalb von Ländern und Regionen stellen sich so dar, dass jene Menschen und jene Unternehmen, die in der Lage sind und die bereit sind, sich an Veränderungen anzupassen, zu den Gewinnern zählen. Globalisierungsprozesse fördern die relative Verteilungsposition von Menschen, Unternehmen, Regionen und Gesellschaften, die Mobilität, Flexibilität und Anpassungsbereitschaft aufweisen.

Wenn die globalisierungsbedingte Umverteilung problematisiert wird, sollten die Ansatzpunkte darin bestehen, Anreize für Anpassungsfähigkeit und Flexibilität zu schaffen. Temporäre Unterstützungen für einzelne gesellschaftliche Gruppen, für bestimmte Branchen, Sektoren, Länder und Regionen, die besonders negativ betroffen werden, und die eine Erleichterung und soziale Abfederung der Anpassungsprozesse ermöglichen, sind zu begrüßen. Was jedoch auf jeden Fall vermieden werden sollte, ist der Aufbau eines großen Umverteilungsapparates, der sowohl die Fähigkeit als auch die Bereitschaft zur Anpassung verringert.

Ich habe nur zu den grundsätzlichen Zusammenhängen Stellung bezogen, nicht aber zur Praktikabilität und zur Effektivität internationaler Umverteilungsprozesse, die ein eigenes Thema wären.

Professor Apolte:

Ich würde zunächst einmal sagen, dass es nicht ganz korrekt ist zu sagen, dass Globalisierung die Verteilung des Wohlstands zwischen verschiedenen Regionen und Staaten verändert. Sie berührt das zwar, aber man kann nicht sagen, dass dies der Haupteffekt wäre. Globalisierung hat vielmehr Umverteilungseffekte innerhalb jedes einzelnen Landes. Es ist aber nicht so, dass es verlierende oder gewinnende Länder gibt. Es lässt sich leicht zeigen, dass jedes Land insgesamt in der Regel davon gewinnt, dass es aber innerhalb jedes Landes auch Verlierer gibt. Ich bin natürlich der Meinung, dass man in einem zivilisierten Land, wie Deutschland, denjenigen, die durch solche Effekte unbillig verlieren, unter die Arme greifen sollte. Dafür haben wir auch Instrumente, vor allem die Instrumente der Sozialpolitik. Damit haben wir im Prinzip eigentlich alles, was wir brauchen.

Professor Dieckheuer:

Bofinger bezieht sich nur auf die nationale Volkswirtschaft. Ich lehne seine Forderung nach noch mehr Umverteilung ab, zumal wir in den vergangenen dreißig bis vierzig Jahren erfahren mussten, dass die staatliche Umverteilungspolitik die Einkommens- und die Vermögensverteilung letztlich nicht maßgeblich verändert hat. Gerade die „Starken“ besitzen eben viele Vermeidungsmöglichkeiten. Es kommt darauf an, dass die Wirtschaftssubjekte, natürlich auch die Unternehmungen, in die Lage versetzt werden, in der Marktwirtschaft aktiv zu sein, d.h. selber ausreichend Einkommen zu erzielen und nicht auf staatliche Umverteilung angewiesen sind.

Professor Grossekketter:

Die Globalisierung hat Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstandes zwischen den Nationen. Wir sind in der Situation, dass Nationen, die sich vorher nicht an dem allgemeinen Wettbewerb beteiligt haben, weil sie hinter der Mauer waren, jetzt drin sind und sie sind, wie China, marktwirtschaftlich oder mehr oder weniger marktwirtschaftlich orientiert. Und damit passiert folgendes: Der globale Kapitalstock wird nur wenig ausgeweitet, weil diese Länder nichts Konkurrenzfähiges hatten. Das Arbeitspotential wird aber fühlbar ausgeweitet. Und es wird nicht gleichmäßig ausgeweitet, sondern es wird hauptsächlich ausgeweitet in dem Bereich derjenigen, die ein geringes Humankapital und damit auch eine geringe Produktivität haben. Die treten nun also als zusätzliche Konkurrenten für die Leute mit niedrigem Humankapital bei uns an. Wenn man es rein global betrachte und fragen würde, wie könnte die Vollbeschäftigung in der Welt erhalten bleiben, dann würde das Faktorproportionentheorem gelten. Dann müssten die Löhne weltweit sinken, insbesondere für diejenigen, die zu den Niedriglohngruppen gehören. Die Gewinne müssten weltweit steigen. Das hätte dann zur Folge, dass aus den erhöhten Gewinnen mehr Investitionen getätigt werden, dass der Kapitalstock schneller wächst und dass über den schneller wachsenden Kapitalstock die Arbeitsproduktivität erhöht wird. Im Anschluss daran könnten die Löhne wieder steigen. Das passiert nun aus verschiedenen Gründen nicht, insbesondere aus politischen Gründen. Wir stehen in Deutschland aber vor dem Problem, dass die Niedriglöhner, das sind eben die, die nichts gelernt haben und ein Großteil der Migranten, dass die vor neuer Konkurrenz stehen. Und vor neuer Konkurrenz heißt ja, wenn der Mindestlohn hier zu hoch ist, geht die Sache ins Ausland.

Professor van Suntum:

Zunächst einmal heißt Globalisierung ja nicht mehr und nicht weniger als verstärkte Arbeitsteilung in der Welt. Und Arbeitsteilung ist, wie wir schon seit Adam Smith wissen, ja eine Quelle des

Wohlstands innerhalb des Landes, aber auch zwischen den Ländern. Und insofern ist Globalisierung erst mal ein positives Phänomen für die Weltwirtschaft insgesamt. Natürlich kann es Gewinner und Verlierer dabei geben. Ich glaube aber, dass gerade diejenigen Länder, die bisher wenig in die Weltwirtschaft integriert waren, und das sind ja zum größeren Teil die ärmeren Länder, zumindest auf längere Sicht zu den Gewinnern gehören werden. Weil sie eben in der Lage sind, ihre spezifischen Vorteile, z.B. relativ preiswerte Arbeitskraft, zur Geltung zu bringen und viel besser einzusetzen, als sie das heute können. Es gibt ja auch empirische Studien, nach denen diejenigen Länder, die an der Globalisierung aktiv teilgenommen haben, höhere Wachstumsraten und höheren Wohlstand erreicht haben, als diejenigen, die sich der Globalisierung verschlossen haben. Insofern liegt die Problematik nicht darin, dass die ärmeren Länder bei der Globalisierung von den reicheren ausgebeutet würden. Es ist eher so, dass manche der reicheren Länder, zu denen auch Deutschland gehört, jetzt unter verstärkten Konkurrenzdruck geraten, z. B. was niedrige Arbeitskosten betrifft. Das Kapital, das in den reicheren Ländern vorhanden ist, wird möglicherweise eben auch in Länder fließen, in denen attraktivere Investitionsbedingungen herrschen, z. B. nach Asien, China oder Indien. Diesen Konkurrenzdruck halte ich auch für heilsam, aber er bedeutet natürlich eine Herausforderung.

4.2 Stabilität der Finanzmärkte und Regulierungsansätze

Frage: Auf dem Finanzministertreffen der G7 im Februar 2007 in Essen wurde über den unterbewerteten Yen gesprochen. Von der Schwäche des Yen profitieren insbesondere Hedge Fonds. Hieraus könnte eine große Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte ausgehen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Wäre die Einführung einer weltweiten Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) sinnvoll für die künftige Stabilität der Finanzmärkte?

Professorin Theurl:

Nein, diese Einschätzung teile ich keinesfalls. Erstens gibt es sie nicht, „die“ Hedge Fonds, sondern sehr viele unterschiedlich institutionalisierte und orientierte Hedge Fonds. Es ist also völlig unzulässig, in dieser Allgemeinheit und so undifferenziert zu argumentieren. Aber zweitens sollten wir zurück an den Anfang, um zu einer klaren Einschätzung zu gelangen: In einem flexiblen Wechselkurssystem, das auf globaler Ebene heute verwirklicht wird, ist es normal, dass sich Wechselkurse verändern, auch sehr schnell und in größerem Ausmaß. Es gibt immer Währungen, die stark sind und andere, die schwach sind. Wann aber ist eine Währung unter-, wann überbewertet? Viele Indikatoren werden für entsprechende Einschätzungen herangezogen. Doch so wie Finanzmärkte funktionieren, eben getrieben von Erwartungen und Einschätzungen neben diversen Fundamentaldaten, ist die Antwort auf die Frage nach dem „richtigen Wechselkurs“ keine eindeutige. Vermutete Über- und Unterbewertungen stehen hinter Wechselkursänderungserwartungen und führen zu entsprechenden Transaktionen auf den Kapital- und Devisenmärkten. Vor diesem Hintergrund ist nicht pauschal und unreflektiert davon auszugehen, dass durch Hedge Fonds negative Entwicklungen hervorgerufen oder verstärkt werden. Die Aktivitäten von Hedge Fonds führen zu zusätzlichen Kapitaltransaktionen. Damit entstehen zusätzliche Arbitragemöglichkeiten. Es ist vielmehr so, dass diese in der Lage sind, zu einer Stabilisierung von Systemen und Entwicklungen beizutragen. Die Instabilität des Finanzsystems wird hingegen dann

gefördert, wenn versucht wird, entsprechende Aktivitäten zu unterbinden. So würden auch Möglichkeiten zum Ausgleich von Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten reduziert.

Frage: Wäre die Einführung einer weltweiten Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) sinnvoll für die künftige Stabilität der Finanzmärkte?

Die Tobin Steuer ist und bleibt ein Modethema, dass in bestimmten Abständen immer wieder auf die Tagesordnung kommt, meist wenn es größere und unerwartete Veränderungen im Finanzgefüge gibt, meist beim Auftreten von Währungs- oder Finanzmarktkrisen. Erstens ist die ökonomisch-theoretische Rechtfertigung einer solchen Steuer alles andere als gesichert. Zweitens ist nicht wirklich klar, wo konkret anzusetzen ist und drittens ist vor allem der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Kapitalströme und der Volatilität von Wechselkursen empirisch nicht gesichert. Dieser Vorschlag ist ein grober Rundumschlag, ohne dass die empirischen und theoretischen Fakten geklärt sind, die meist für seine Rechtfertigung herangezogen werden. Über die Praktikabilität zu sprechen bedeutet weitere Gegenargumente aufzubauen. Zusätzlich gilt, dass auch die Tobinsteuer als eine Steuer gedacht ist. Viele Steuern werden nicht von jenen getragen, die sie eigentlich tragen sollten, d.h. auch hier gibt es Möglichkeiten auszuweichen. Ich spreche mich sehr klar gegen eine Tobin-Steuer aus. Sie ist bei Politikern seit jeher populärer als bei Ökonomen.

Professor Apolte:

Das sind eine Menge Teilfragen, auch die Behauptung, dass insbesondere Hedge Fonds von der schwachen Bewertung einer bestimmten Währung profitieren. Das würde ich eigentlich nicht so sehen. Vielmehr können Hedge Fonds grundsätzlich von allen Kursbewegungen profitieren. Das ist ja der Trick bei Hedge Fonds. Sie können Geld verdienen, sobald sich irgendwelche Bewegungen von Kursen in Finanzmärkten, Aktienmärkten, Devisenmärkte u.s.w. ergeben. Darauf aufbauend stellt sich dann aber die Frage, inwiefern Hedge Fonds tatsächlich eine makroökonomische Gefahr

sein können. Beteiligungsgesellschaften wie Private-equity-Fonds gehören eigentlich nicht zu den Hedge Fonds im engeren Sinne. Deshalb muss man diese gesondert diskutieren. Hedge Fonds im engeren Sinne sind zunächst einmal Fonds, die sich eines Instruments der Risikostreuung bedienen. Eigentlich bauen sie Risiken ab. Das ist der Sinn des „Hedging“.

Nun verdienen diese Fonds an Kursbewegungen in besonderem Maße, und unter Ökonomen ist umstritten, inwiefern so genannte systemische Risiken davon ausgehen. Es geht darum, inwiefern Kettenreaktionen von diesen Hedge Fonds ausgehen können, weil diese Fonds mit einer Hebelwirkung arbeiten. Solche Hebelwirkungen folgen daraus, dass die Fonds selbst zunächst einmal relativ geringe Finanzmittel bewegen, in der Folge aber sehr große Finanzmittel in Bewegungen setzen. Darin besteht der so genannte Leverage Effekt. Inwiefern dieser Effekt systemische Risiken impliziert, das ist eine Frage, die schwer zu beurteilen ist und aus deren Beantwortung durchaus folgen kann, dass man spezifische Regulierungen braucht. Aber das ist umstritten unter Ökonomen, das muss man sich sehr genau ansehen. Allerdings: Dass man die Aktivität von Hedge Fonds genererell eindämmen müsste, weil sie grundsätzlich eine Gefahr für die Weltwirtschaft seien, das sieht so gut wie kein Ökonom so.

Was nun die Tobinsteuer angeht, so halte ich diese, um ehrlich zu sein, für ein Relikt aus alten Zeiten. Im Prinzip will man damit Markttransaktionen besteuern. Das macht man normalerweise nur, wenn solche Markttransaktionen wirklich schädlich sind. Und hier hat man das Problem, dass man kurzfristig spekulative Bewegungen von langfristig wertschöpfenden Aktivitäten unterscheiden müsste, und das ist in der Praxis extrem schwierig, wenn nicht sogar unmöglich. Die zweite Geschichte ist, ob kurzfristig spekulativen Bewegungen überhaupt eine negative Auswirkung zuzuschreiben ist. Das kann man per se nämlich so nicht sagen. Denn was spekulativ ist, muss nicht unbedingt schlecht sein, weil damit, wie gesagt, auch Risiken aufgefangen werden. Das ist alles nicht so einfach, wie das in der Öffentlichkeit häufig diskutiert wird. Das dritte Problem mit der Tobinsteuer ist, dass es fast immer Umgehungsmöglichkeiten gibt, und es gibt Nebenwirkungen, die von

vielen nicht bedacht werden. Alles in allem ist die Tobin-Steuer aus meiner Sicht eine ziemlich stumpfe Waffe. Und was noch schlimmer ist. Man weiß nicht einmal genau, was man mit dieser Waffe eigentlich bekämpfen will.

Zwischenfrage: 2001 gab es ja bereits eine „kleine“ Finanzkrise in Asien. Wäre eine weltumgreifende Finanzkrise, wenn z.B. mehrere Hedge Fonds zusammenbrechen, nicht als Szenario denkbar?

Ja, grundsätzlich kann schon das Problem auftreten, dass die große Hebelwirkung, die die Pleite eines Hedge Fonds hat, Kettenreaktionen auslöst. Darin besteht das systemische Risiko dieser Fonds. Das Problem hat man bei großen Banken grundsätzlich aber auch. Insofern folgt auch daraus nicht, dass Hedge Fonds etwas Schlimmes seien. Man muss sich schon sehr sorgfältig ansehen, welche Wirkung diese Hedge Fonds insgesamt haben und auch welche Risiken davon ausgehen können und welche nicht.

Professor Dieckheuer:

Ich denke, dass nicht der japanische Yen, sondern der chinesische Yuan unterbewertet ist. Gleichwohl hat der Yen in den letzten zwei Jahren vor allem zum Euro unter Abwertungsdruck gestanden. Das hatte aber sehr wohl fundamentale Gründe: das schwache Wirtschaftswachstum und das niedrige Zinsniveau in Japan. Ich sehe deshalb in der gegenwärtigen Bewertung des Yen keine Gefahr für die internationalen Finanzmärkte. Die Hedge Fonds haben zwar das niedrige Zinsniveau zu durchaus beachtlichen Kreditaufnahmen in Japan bewogen, woraus für die Fonds dann Probleme entstehen können, wenn der Yen wieder stärker wird – aber auch das dürfte weltwirtschaftlich kaum ins Gewicht fallen. Man muss sich allerdings fragen, ob vom internationalen Kapitalverkehr, also auch von Hedge Fonds, grundsätzlich eine Gefahr für die Finanzmärkte ausgehen kann. Das muss man bejahen. Hedge Fonds agieren international weitgehend ohne

jegliche staatliche Kontrolle, und ihre Aktivitäten sind kaum transparent. Darin liegt immer eine Gefahr. Ich plädiere dafür, dass man internationale Regeln für die Hedge Fonds Aktivitäten durchsetzt – genauso wie es für nationale Banken eine Bankenaufsicht gibt.

Die Tobin Steuer würde in diesem Zusammenhang übrigens nichts bringen. Denn sie soll nur für den kurzfristigen Kapitalverkehr bzw. Devisentransaktionen gelten. Damit aber werden die üblichen mittel- und längerfristigen Transaktionen der Hedge Fonds nicht erfasst. Die Eignung der Tobin-Steuer zur allgemeinen Stabilisierung der Kapitalmärkte ist ebenfalls skeptisch zu sehen, denn erstens ist eine weltumfassende Einführung dieser Steuer kaum durchsetzbar, zweitens ändert sie nichts an den Hauptursachen von Instabilitäten, nämlich den unzureichenden institutionellen Bedingungen in vielen Ländern. Überdies erhöht sie die Kreditkosten, was vor allem Entwicklungsländer trifft, für die auch kurzfristige Kredite unverzichtbar sind.

Professor Grossekketter:

Von unterbewerteten und/oder staatlich manipulierten Währungen können Störungen für die Weltwirtschaft ausgehen. Würden z.B. die Chinesen mit ihren riesigen Dollarbeständen auf, die auf die Idee kommen, aus dem Dollar raus und in den Euro rein zu gehen (was aus ihrer Sicht ja nicht abwegig wäre), könnten sie in den USA große Probleme verursachen. Hedgefonds können die Probleme bei Fehlspekulationen verschärfen; wenn sie richtig spekulieren, können sie die Probleme aber auch entschärfen.

Frage: Genau, wäre die Einführung einer weltweiten Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) sinnvoll für die künftige Stabilität der Finanzmärkte?

Absolut nein. Das wäre ein Schuss nach hinten. Im Prinzip ist Spekulation, ökonomisch gesehen, durchaus etwas Gutes. Ich kaufe auf dem billigen Markt heute und verkaufe auf dem teuren Markt in

der Zukunft und Sorge dadurch dafür, dass die Preise sich gleitend entwickeln und es nicht zu abrupten Schwankungen kommt. Das setzt zwar voraus, dass die Spekulation richtig ist; im Schnitt kann man aber davon ausgehen, dass die Spekulanten nicht überleben würden, wenn sie nicht richtig spekulieren würden. Volkswirtschaftlich gesehen, kann man also nicht einfach sagen, dass Spekulation etwas Schlechtes sei. Es ist im Normalfall etwas Gutes. Es gibt Situationen, in denen Spekulation stört. Das war aber hauptsächlich der Fall, als wir feste Wechselkurse hatten. Das ist aber momentan nicht mehr der Fall. Von da würde ich mal die Forderung ablehnen, wir bräuchten irgendetwas gegen Spekulation. Und daraus resultiert auch, dass ich die Tobinsteuer ablehne. Wenn man sich mit der Tobinsteuer näher befasst, kommt noch hinzu, dass sie vermutlich zur Folge hätte, dass in anderen Bereichen stärker spekuliert wird, als das jetzt der Fall ist.

Zwischenfrage: Was wäre das Szenario, wenn mehrere Hedge Fonds zusammenbrechen?

Spekulation ist immer auch gefährlich. Man könnte da schon in Schwierigkeiten geraten. Deshalb sollte man ein Ratingsystem einführen. Hedgefonds sollten sich freiwillig von Ratinggesellschaften raten lassen. Das ist ja bisher nicht der Fall. Wenn man im Wege eines Agreements mit sanftem staatlichem Druck dafür sorgen würde, dass insbesondere die großen und bekannten Hedgefonds sich raten lassen, dann kämen die anderen gar nicht umhin, sich auch raten zu lassen. Weil die Anleger dann sagen: „Wenn sich einer nicht raten lässt, dann hat der was zu verbergen“. Und das würde sicherlich gleichzeitig dazu führen, dass das Anlageverhalten eher etwas vorsichtiger wird, weil die Ratinggesellschaften Zugang zu Informationen haben und das überwachen. Also für ein entsprechendes Rating wäre ich eigentlich sehr.

Professor van Suntum:

Was wir momentan erleben, ist ja so eine Art Neuauflage des Bretton Woods Systems, also des Währungssystems, das wir in den sechziger Jahren gehabt haben. Zwar nicht offiziell, sondern inoffiziell, d.h. nicht nur die japanische Notenbank, sondern viele asiatische Notenbanken intervenieren an den Devisenmärkten, um ihre Währung relativ niedrig zu halten gegenüber dem Dollar. Das hat auch etwas mit der Ostasienkrise zu tun, die wir vor einigen Jahren gehabt haben. Aber natürlich hilft es diesen Ländern auch im Export. Wir haben praktisch ein verkapptes Festkurssystem, wenn auch kein kodifiziertes, wie das bei Bretton Woods der Fall war. Damit treten auf Dauer natürlich ähnliche Probleme auf. Wenn man Wechselkurse gegen die eigentlichen Marktkräfte zu halten versucht, kommt es zu wachsenden Ungleichgewichten bei den Devisenreserven und bei den Leistungsbilanzsalden. Das hat im Falle des Bretton Woods Systems Anfang der siebziger Jahre dazu geführt, dass es zusammen gebrochen ist. Darin liegt die Gefahr, und darum muss man das beobachten. Es ist aber nicht so, dass diese Problematik jetzt schon ebenso groß wäre wie das z. B. am Ende des Bretton Woods Systems der Fall gewesen ist. Es bestehen gute Chancen, dass sich das weitgehend von selbst wieder regulieren wird. Man darf ja auch nicht vergessen, dass Japan eine lange Depression hinter sich hat. Die Weltwirtschaft muss ein Interesse daran haben, dass die Deflation dort dauerhaft beendet wird. Insofern glaube ich, dass momentan kein dringender währungspolitischer Handlungsbedarf besteht.

Frage: Wäre die Einführung einer weltweiten Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) sinnvoll für die künftige Stabilität der Finanzmärkte?

Nein, eine Tobinsteuer halte ich nicht für sinnvoll. Sie würde die großen spekulativen Kapitalbewegungen ohnehin nicht verhindern, weil es da um ganz andere Margen geht, als sie eine solche Spekulationssteuer abschöpfen könnte. Sie würde nur Sand in das Getriebe der internationalen Devisenbewegungen streuen, ohne große Effekte zu haben. Die wirklich großen Ungleichgewichte können meines Erachtens damit nicht wirklich vermieden werden.

4.3 Verlagerung von Arbeitsplätzen

Frage: Im Zusammenhang mit der Globalisierung wird häufig darauf hingewiesen, dass Arbeitsplätze von Deutschland ins Ausland verlagert würden, weil sie in Deutschland zu teuer seien. Wie groß ist diese Gefahr nach Ihrer Einschätzung tatsächlich? Auf welche Weise lassen sich entsprechende Effekte reduzieren oder ausgleichen?

Professorin Theurl:

Die Globalisierung hat neben vielen anderen Effekten einen ganz großen Vorteil: Wertschöpfungsketten können über die Grenzen hinweg organisiert werden. Wenn Wertschöpfungsketten neu strukturiert und einzelnen Stufen und Elemente an unterschiedlichen Orten angesiedelt werden, bedeutet das natürlich auch, dass sich die Verteilung von Arbeitsplätzen verändert. Manche Arbeitsplätze, die bisher in Deutschland vorhanden waren, wandern dann mit den entsprechenden Wertschöpfungselementen ins Ausland. Doch dies ist keine Einbahnstraße. Auch ausländische Produktionen folgen diesem Trend der Prüfung und Aufteilung von Wertschöpfungsketten. Dies gilt für viele Branchen und Industrien. Auf diese Weise entstehen neue Arbeitsplätze in Deutschland. Diese fallen jedoch meist in anderen Bereichen und für andere Qualifikationen an als jene, die verloren gehen. Mit der Veränderung der internationalen Allokation von Wertschöpfungselementen ist eine Verschiebung der Struktur von Arbeitsplätzen verbunden. Für Deutschland sieht es insgesamt so aus, dass jene Arbeitsplätze, die neu entstehen, mehr Wertschöpfung enthalten als jene, die verloren gehen. So sind viele zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung oder bei den Headquarters Services entstanden.

Dahinter steht die Globalisierung als eine veränderte Rahmenbedingung für unternehmerische Entscheidungen. Neue Arbeitsplätze durch neue Wertschöpfungselemente entstehen jedoch nicht automatisch und voraussetzungslos. Eine

Volkswirtschaft oder ein Standort müssen attraktiv genug sein, um Wertschöpfung anzuziehen. Als nächstes stellt sich die Frage, ob es gelingt in bestimmten Bereichen Cluster und Schwerpunkte zu bilden, so dass Netzwerkeffekte entstehen können. Dies ist eine weitere Voraussetzung, um interessant für ausländische und international tätige Unternehmen zu sein. Es führt dazu, dass viele heimische Unternehmen an ihrem Standort tätig bleiben können. Voraussetzung ist, dass sie geeignete Kooperationspartner für mobile und standortungebundene Unternehmen sein können. Doch dieser Zusammenhänge muss man sich bewusst sein, Vorteile, Voraussetzungen und Konsequenzen müssen erkannt sein. Es greift zu kurz, sofort vom Ausverkauf heimischer Unternehmen und von der Verlagerung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland zu sprechen. Es muss die Gesamtbilanz betrachtet werden und die ist nicht negativ für Deutschland.

Zwischenfrage: Was machen wir mit denen, deren Arbeitsplätze verloren gehen? Arbeitnehmer, die an der Werkbank arbeiten?

Dabei handelt es sich um eine strukturelle und langfristige Entwicklung. Ökonomien verändern sich im Zeitablauf in ihren Strukturen, dies ist Teil ihres Entwicklungsprozesses. Es ist eine sehr grundsätzliche und wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diesen Strukturwandel nicht zu verhindern. Auch hier geht es wieder darum, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit zu fördern. Selbstverständlich sind für Übergangs- und Anpassungsphasen Übergangsmaßnahmen notwendig, um diesen Wandel abzufedern, sogar um manche Arbeitsplätze für eine bestimmte Zeit zu halten, in der neue Aktivitäten und Schwerpunkte aufgebaut werden können. Es kann jedoch nicht so sein, dass Arbeitsplätze gegen die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Ökonomie gehalten werden. Arbeitsplätze, die nicht wettbewerbsfähig sind, können nicht auf Dauer gehalten werden. Das schadet dem Standort, das schadet der Region, den Unternehmen und à la long auch den Arbeitskräften. Es geht darum, Anreize für möglichst viele neue Arbeitsplätze zu schaffen, dies in zukunftsweisenden Bereichen und in wettbewerbsfähigen Sektoren.

Professor Apolte:

Diese Effekte haben wir in den letzten fünfzig Jahren, also nach dem zweiten Weltkrieg, grundsätzlich auch schon gehabt, und zwar bedingt durch die Zunahme des internationalen Handels. Sie werden heutzutage aber sehr viel offensichtlicher, weil wir nicht mehr allein Verlagerungen von Produktionskapazitäten aufgrund des internationalen Handels haben, sondern zunehmend auch direkt über die Wanderung von Kapital. Der Zusammenhang ist im Falle des Handels also nicht so unmittelbar sichtbar wie in dem Fall, wo ein Unternehmen hier die Zelte abbricht und woanders wieder aufschlägt. Die Gefahr für die betroffenen Arbeitnehmer besteht natürlich in jedem Falle, aber sie wird stärker, wenn internationales Kapital zunehmend mobil wird. Das bedeutet, dass wir künftig wohl in größerem Maße betroffene Arbeitnehmer haben werden. Und dadurch können auch Löhne unter Druck geraten, das ist durchaus wahr.

Nicht wahr ist allerdings, dass nun plötzlich alle Arbeitsplätze abwandern. Was vielmehr passiert, ist eine Spezialisierung, so dass man sich im Ausland auf bestimmte ökonomische Tätigkeiten spezialisiert und im Inland auf andere Tätigkeiten. Es ist eigentlich nicht zu begründen, dass alle Arbeitsplätze abwandern, wie das immer befürchtet wird. Natürlich tröstet das diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenig. Deshalb stellt sich die Frage, wie man damit umgeht, dass bestimmte Arbeitsplätze verloren gehen und vor allem, dass die Qualifikationen der bisher dort beschäftigten Arbeitskräfte entwertet werden, so dass sie keinen Job mehr zu einigermaßen akzeptablen Bedingungen finden. Genau das ist die Frage. Es geht aber nicht darum, dass etwa das ganze Land ausbluten würde und keinerlei Arbeitsplätze mehr bestehen blieben. Das ist ein Bild, das falsch ist.

Andererseits ist das Problem natürlich gravierend genug. Denn es stellt sich damit unmittelbar die Frage nach der Qualifikation und Umqualifikation von Arbeitnehmern. Was wir also brauchen ist ein reformiertes Sozialsystem, welches die Leute zwar auffängt, wenn sie arbeitslos werden, das aber gleichzeitig genügend Anreize aussendet, um möglichst schnell an anderer Stelle wieder neue

Arbeit aufzunehmen. Dies beinhaltet ein Weiterbildungssystem, das es erlaubt, in möglichst geringer Zeit von einem Job auf den anderen Job zu wechseln, ohne allzu große Verluste hinnehmen zu müssen. Das sind die Herausforderungen, die sich ergeben. Wenn wir diese Herausforderung annehmen und letztendlich meistern, dann werden wir auch weiterhin von der Globalisierung profitieren.

Natürlich kann man nun sagen, das wollen wir alles nicht. Wir wollen diese Herausforderung nicht und wir würden, wenn das überhaupt möglich wäre, diese Globalisierungseffekte lieber unterbinden. Wenn das technisch möglich wäre, würden wir allerdings auf unserem jetzigen Wohlstandsniveau verharren. Das sind also die beiden Alternativen: Entweder es bleibt alles so, wie es jetzt ist, oder wir stellen uns den Herausforderungen und damit der Reform des Sozial- und Bildungssystems, die ich gerade angesprochen habe. Die zweite Strategie ist die bessere, denn sie ist im Prinzip eine Verlängerung dessen, was wir seit gut 200 Jahren, seit der industriellen Revolution, haben. Denn wir haben es eigentlich über diese ganze Zeit hinweg erlebt, dass permanent Arbeitsplätze wegfallen. In der frühen Phase der industriellen Revolution fielen sie aber nicht weg, weil sich Unternehmen ins Ausland verlagerten, sondern weil die Arbeit auf Grund des technischen Fortschritts durch Maschinen ersetzt wurde. Die verbleibenden und darüber neu entstandenen Arbeitsplätze waren dann in der Regel produktiver und damit auch besser bezahlt. Die Voraussetzung dafür war es aber immer, dass man die Arbeitnehmer umqualifizierte. Hätte man dies unterlassen, wäre die Arbeitslosigkeit astronomisch gewachsen. Hätte man den Prozess des technischen Fortschritts dagegen unterbunden, dann wären wir noch heute auf dem Wohlstandsniveau von vor 200 Jahren. Daher war es vernünftig, den Prozess des technischen Fortschritts zuzulassen und die Arbeitnehmer umzuqualifizieren. Wenn heute die Produktionsprozesse zusätzlich zum technischen Fortschritt über eine Verlagerung von Produktionsstandorten optimiert werden, dann reden wir im Prinzip nur über die Verlängerung der Prozesse, die unseren Wohlstand über mehr als zwei Jahrhunderte in die Höhe getrieben haben.

Professor Dieckheuer:

Offensichtlich ist, dass Arbeitsplätze von Deutschland ins Ausland vor allem im Industriebereich verlagert worden sind und in Zukunft noch verlagert werden. Wir sind allerdings am Beginn einer neuen Entwicklung, in der es auch im Dienstleistungsbereich zu Arbeitsplatzverlagerungen kommen wird. Das hat natürlich insbesondere Kostengründe. Unternehmungen könnten das auch im Hinblick auf Absatz und Beschaffung tun, aber für Deutschland sind die Kostenaspekte dominierend. Ich glaube nicht, dass wir diese Bewegung aufhalten können. Mit ihr ist natürlich ein Strukturwandel verbunden, der aber aus meiner Sicht international ganz normal ist. Wenn andere Nationen in der Einkommensentwicklung aufholen und dann für uns wichtige Handelspartner werden sollen, müssen diese auch in der Lage sein, Produktions- und Einkommensfortschritte zu erzielen. Vor diesem Hintergrund ist für uns letztlich sogar von Vorteil, wenn deutsche Unternehmen dort investieren. Gleichwohl impliziert der Strukturwandel vor allem auf dem Arbeitsmarkt schwierige Situationen. Entscheidend aber ist, dass wir genügend Flexibilität besitzen, um in Produktionsbereichen, in denen wir nach wie vor komparative Produktionsvorteile besitzen, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Das beinhaltet beispielsweise auch eine Steuerpolitik, die an neue internationale Gegebenheiten angepasst wird. Ich bin diesbezüglich optimistisch gestimmt, denn die Politik hat sich in jüngster Zeit genügend flexibel gezeigt. Das gilt beispielsweise für die Reformen am Arbeitsmarkt sowie für die aktuelle Unternehmenssteuerreform.

Professor Grossekketter:

Also die Gefahr ist erheblich. Das ist nicht nur eine Gefahr, das ist eine Tatsache. Ich habe viele Branchen untersucht. Das Ergebnis: Wenn die Löhne verhältnismäßig stark steigen, geht das in die Gewinn- und darüber in die Investitionsquote. Es gibt i.d.R. zwei Reaktionsweisen der Unternehmen: Die eine ist, sie machen stärkere Kapitalintensivierung im Sinne von Rationalisierung, also zur Einsparung von Arbeitskräften. Die zweite ist, dass sie zu einer

„verlängerten Werkbank“ greifen: Sie gehen aus Deutschland z.B. nach Tschechien, also dahin, wo man auch gut ausgebildete Arbeitskräfte hat, die aber zu sehr viel niedrigeren Löhnen zu arbeiten bereit sind.

Frage: Auf welche Weise lassen sich entsprechende Effekte reduzieren oder ausgleichen?

Naja, man müsste eben Marktöhne zahlen, d.h. sehr viel niedrigere Löhne. Das korrespondiert nicht mit unseren Vorstellungen von einem lebenswerten Mindesteinkommen, das wir allen Deutschen garantieren wollen. Aber wenn man das durchsetzen will, dann hat man zwei Ziele. Das eine ist, dass die Leute in Arbeit bleiben sollen und deshalb nicht mehr verdienen dürften, als ihre Produktivität hergibt. Denn ein Unternehmen ist ja keine Sozialanstalt. Das zweite ist der Lebensstandard. Wenn man den aufbessern will, muss man das über einen staatlichen Zuschuss machen. Also der richtige Weg wäre, niedrig bezahlte Arbeit zu bezuschussen. Das kann man, wenn man so will, Kombilohn nennen.

Professor van Suntum:

Das ist nicht nur eine Gefahr, natürlich findet so etwas statt. Es hat aber, wie die meisten Dinge, zwei Seiten. Z .B. verlagern viele Unternehmen hier im Münsterland in der Tat Arbeitsplätze nach Osteuropa, um überhaupt konkurrenzfähig zu bleiben. Dass sie teilweise dort produzieren, sichert auch die Arbeitsplätze, die hier verbleiben. Wenn man das nicht machen würde, würde wahrscheinlich die eine oder andere Firma über kurz oder lang nicht mehr konkurrenzfähig sein. Die Gefahr liegt darin, dass wir nicht angemessen darauf reagieren. Wir müssen insbesondere versuchen, auch unseren gering qualifizierten Arbeitskräften die Chance zu geben, mit dieser Konkurrenz mithalten zu können. Da gibt es die Idee der „Kombilöhne“, die ich im Prinzip für richtig halte, insbesondere in Form von sog. Workfare-Ansätzen den Leuten die Möglichkeit geben eine Kombination von niedrig entlohnter Arbeit und ergänzenden Transfereinkommen zu beziehen. Es ist natürlich

auch ganz wichtig, dass wir in unseren Bildungssektor investieren, denn letztlich kann ein rohstoffarmes Land wie Deutschland nicht über niedrige Arbeitskosten konkurrieren. Wir müssen einfach versuchen, besser zu sein als andere Länder. Dann werden wir auch qualifizierte Arbeit hier im Land halten können.

4.4 Auswirkungen von Agrarsubventionen

Frage: Das Treffen der acht größten Industrienationen findet dieses Jahr in Deutschland statt. Im Weltentwicklungsbericht 2006 heißt es: „Reiche Länder [...] bieten ihren heimischen Bauern erkleckliche Zuschüsse, subventionieren ihre Exporte und behindern eine wertschöpfende Weiterverarbeitung in den Entwicklungsländern“.² Profitiert auch Deutschland von solchen Maßnahmen? Sehen Sie darin eher Vor- oder Nachteile für die deutsche Wirtschaft?

Professorin Theurl:

Ich bin keine Agrarexpertin und will daher nur einige sehr grundsätzliche Anmerkungen machen. Erstens darf auch hier nicht verallgemeinert werden. Es gibt nicht „die“ armen Länder oder „die“ Entwicklungsländer. Große strukturelle und institutionelle Unterschiede liegen vor. Viele der ärmsten Länder sind Agrarimporteure, d.h. wenn Exportsubventionen wegfallen würden, bedeutet das schlichtweg, dass lebensnotwendige Produkte zu höheren Preisen zu beschaffen sind. Eine konsequente Differenzierung zwischen den einzelnen Ländern ist notwendig: zwischen Agrarimporteuren, Agrarproduzenten und solchen, die Agrarprodukte weiterentwickeln und veredeln. Zweitens gilt generell und losgelöst von der Agrarwirtschaft, dass Subventionen immer gezielt im Hinblick auf ihre Inzidenz und auf ihre Wirksamkeit zu prüfen sind.

² „Weltentwicklungsbericht 2006“, Weltbank

Professor Apolte:

Ganz eindeutig nicht. Das sind Maßnahmen, die in ihrer vollen Härte vor allem die Entwicklungsländer treffen, und insofern sind sie ohnehin zu verurteilen. Die Entwicklungsländer beklagen sich also völlig zu Recht darüber. Wer nun aber glaubt, dass so etwas zugunsten Deutschlands ginge, der irrt sich. So ist es nämlich nicht. Man darf da nicht nach dem Motto denken, was die einen schädigt, muss notwendigerweise zugunsten der anderen ablaufen. Sondern es ist ganz einfach so: Es schädigt die Entwicklungsländer und es schädigt auch die reichen Industrieländer – dies gilt beispielsweise für die Agrarsubventionen, welche uns in Europa insgesamt erheblichen Schaden zufügen. Natürlich gibt es einzelne Gruppierungen, die davon profitieren. Aber per Saldo tragen die Industrieländer einen Schaden von diesen Aktivitäten davon.

Professor Dieckheuer:

Die deutschen Bauern profitieren davon. Die deutschen Verbraucher sind die Benachteiligten. Man schafft somit Vorteile für eine bestimmte Gruppe in unserer Volkswirtschaft, die jedoch bereits sehr klein geworden ist. Nur noch etwa zwei Prozent unserer Beschäftigten sind in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Aus zwei Gründen sehe ich in dieser Politik Nachteile: Erstens zahlen die Verbraucher höhere Preise, d.h. die Realeinkommen werden von hierher beeinträchtigt; zweitens wird die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Entwicklungsländern gehemmt, so dass von hierher Chancen für deutsche Exporte (außerhalb der landwirtschaftlichen Produkte) vertan werden.

Professor Grossekketter:

Deutschland nicht, aber die deutschen Bauern.

Frage: Sehen Sie darin eher Vor- oder Nachteile für die deutsche Wirtschaft?

Gesamtwirtschaftliche sind die Agrarsubventionen schädlich. Die Bauern betrachten sie als Vorteil. Sie sollten sich aber überlegen, dass die öffentliche Hand ein unsicherer Kandidat ist. Man kann sich nie darauf verlassen, dass die ihre Subventionspolitik weiter durchführt. Und wir gehen ja finanziellen Stresssituationen entgegen. Das wird meiner Meinung nach, vielleicht in zehn Jahren, so ausgehen, dass wir zu abrupten Subventionskürzungen kommen. Und die Bauern, die sich dann nicht umgestellt haben, die werden dann die Leittragenden sein. Deshalb: In ihrem wohl verstandenen langfristigen Interesse ist diese Politik nicht. In ihrem kurzfristigen Interesse schon, im Interesse Deutschlands dagegen gar nicht.

Zwischenfrage: Und behindern diese Maßnahmen die Entwicklung in Entwicklungsländern?

Ja, erheblich. Das ist schlimm, was sich da abspielt. Die Agrarpolitik ist ja weltweit verrückt. Sie finden in allen Industriestaaten eine Subventionierung der Agrarwirtschaft und in allen landwirtschaftlich geprägten Staaten eine Subventionierung des städtischen Proletariats, indem die Lebensmittel künstlich billig gehalten werden. Das hat zur Folge, dass es sich für die Bauern in den Entwicklungsländern nicht lohnt zu produzieren. Die gehen als Proletariat in die Städte. Auch die landwirtschaftliche Arbeitsteilung ist völlig verrückt. Das wildeste Beispiel hat die EU mit ihrer Bananenpolitik geliefert. In Zypern, glaube ich, fängt man jetzt an, Bananen zu produzieren, weil der Preis in der EU so hoch ist und die Weltmarktkonkurrenz über Kontingentbildung ausgeschaltet ist.

Professor van Suntum:

Das ist ein Problem, das eigentlich auf der Ebene der Europäischen Union zu lösen ist. Natürlich versucht die EU, ihre Landwirtschaft zu schützen, und auch Deutschland beteiligt sich daran. Man kann das in gewissem Maße sogar vertreten, weil man ja nicht, ähnlich wie bei den Energierohstoffen, auch noch nahrungsmittelmäßig von einer sehr unsicherern Welt abhängig werden will. Aber wir übertreiben es natürlich, indem wir unsere Nahrungsmittel auch noch in andere Länder exportieren. Insofern wäre es schon sinnvoll, dass wir uns stärker den Weltmärkten öffnen. Letztlich ist es sehr teuer für uns, Nahrungsmittel zu produzieren, die wir woanders preiswerter bekommen könnten. Insofern muss man abwägen. Eine gewisse Sicherheit der Versorgung sollte gewährleistet sein, aber eine Überversorgung im Sinne von Produktionsquoten von über 100%, was unseren Eigenbedarf betrifft, kann natürlich nicht sinnvoll sein.

4.5 Verantwortung Deutschlands für die Armutsbekämpfung

Frage: Der Ökonom Joseph Stiglitz schreibt: „Current economic arrangements disadvantage the poor“.³ Welche Rolle sollte Deutschland beim Ziel der weltweiten Armutsbekämpfung dieses Jahr beim G8 übernehmen?

Profesorin Theurl:

Ich bin auch keine Entwicklungshilfeexpertin, habe dazu jedoch eine klare Meinung, die auch ökonomisch fundiert ist. Sie lautet: Entwicklungshilfe oder Unterstützungen für sich entwickelnde Ökonomien sollten nie nur bedingungsloses Schenken sein. Es geht vielmehr darum, dass diese Volkswirtschaften darin unterstützt werden, gute und tragfähige Institutionen aufzubauen. Darauf legen inzwischen auch die Weltbank und andere internationale Organisationen Wert. Ein funktionsfähiges Rechtssystem, die klare

³ „Social Justice and Global Trade“, Josep Stiglitz

Definition und Zuweisung von Verfügungsrechten, funktionierende Geld- und Bankensysteme, funktionsfähige Marktmechanismen sind unabdingbare Voraussetzungen für Entwicklungsprozesse und für das Einklinken in die internationale Arbeitsteilung. Nur dann haben diese Länder eine Chance, selbst eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu initiieren. Der entscheidende Punkt ist: Es kommt auf die institutionellen Rahmenbedingungen an. Um solche aufzubauen und vermeidbare Fehler tatsächlich zu vermeiden, sind Rat, vorhandenes Wissen und gemachte Erfahrungen notwendig. Deutschland sollte vor diesem Hintergrund also dahingehend wirken, dass es für diese Zusammenhänge sensibilisiert und darüber informiert. Es kommt darauf an, das umfangreiche Know-how aufzubereiten, zu bündeln und zur Verfügung zu stellen. Also: Nicht einfach Geld, sondern Know-how zur Verfügung stellen und für die Bedeutung von guten Institutionen sensibilisieren.

Professor Apolte:

Also den Satz von Joseph Stiglitz kann man immer unterschreiben oder immer ablehnen, solange man nicht weiß, auf welche Arrangements er da abstellt. Das ist ein nicht ganz redlicher Trick, den er da anwendet. Auch wenn ich Stiglitz als Wissenschaftler außerordentlich schätze: Bei seinen populärwissenschaftlichen Publikationen bleibt so ziemlich alles unklar.

Anmerkung: Also in dem Aufsatz ging es um die protektionistischen Maßnahmen der USA gegenüber süd- und mittelamerikanischen Staaten.

Solange er sich darauf bezieht, gilt das, was ich vorher schon gesagt habe. Protektionismus von Seiten der Industrieländer schädigt in allererster Linie die Armen in den armen Ländern. Dass wir uns dabei selbst noch Schaden zufügen, dazu könnte man sagen, sei es drum, wir als reiche Industrieländer können das abfedern. Ohne unseren Protektionismus wären wir vielleicht noch ein bisschen reicher, aber so ist es auch nicht so schlimm. Aber das Drama ist natürlich, dass der Protektionismus der reichen Länder die

Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern trifft. Das ist der eigentliche Skandal bei diesen Dingen, und in dem Punkt kann man dem Vorwurf von Stiglitz nur folgen. Daher sollte sich Deutschland international dafür einzusetzen, dass der Protektionismus der Industrieländer abgebaut wird. Das betrifft Agrarsubventionen und Exportsubventionen ebenso wie Protektionismus im weiteren Sinne, also alles, was es da gibt, um Märkte abzuschotten gegenüber den Entwicklungsländern. Das ist, glaube ich, der wichtigste Beitrag zur Armutsbekämpfung, den wir leisten können, viel wichtiger noch als konkrete Entwicklungsprojekte. Das heißt nicht, dass die Entwicklungsprojekte sinnlos sind. Es heißt vielmehr, dass die Bedeutung des Abbaus von Protektionismus durch die Industrieländer wahrscheinlich sehr viel größer ist als alles, was die Industrieländer an Entwicklungshilfe leisten.

Professor Dieckheuer:

Zweifellos wird im Bereich der Armutsbekämpfung international zu wenig getan. Zielgröße für den BIP-Anteil der Entwicklungshilfeleistungen von Industrieländern ist zwar 0,7 bis 1,0 %, aber Deutschland realisiert derzeit nur knapp über 0,3 Prozent, und im internationalen Durchschnitt sind es sogar weit weniger als 0,3 Prozent. Das hängt aber auch damit zusammen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Entwicklungshilfe, vor allem aufgrund von Korruption, in Kanälen versickert ist, die den Zielsetzungen der Entwicklungspolitik nicht entsprechen. Gleichwohl bin ich der Meinung, dass die Industrieländer die Pflicht haben, in der Armutsbekämpfung aktiv zu bleiben und noch mehr als bisher zu tun. Die Aufgabe Deutschlands ist es also, auch im Rahmen von G8 nach besseren Modellen der Armutsbekämpfung zu suchen. Nachdem das Modell der Finanzhilfen auf staatlicher Ebene gescheitert ist, werden zur Zeit vor allem Modelle diskutiert, in denen Entwicklungshilfe stärker projektbezogen und individualistisch ausgerichtet ist. Doch mit dieser Mikrororientierung lassen sich sicherlich Erfolge im Kleinen erzielen, aber es ist fraglich, ob damit angesichts der gewaltigen Aufgabe eine weit reichende Armutsbekämpfung gelingen kann.

Professor Grossekkettler:

Die weltweit beste Armutsbekämpfung bestünde darin, dass wir den Entwicklungsländern die Integration in die Weltwirtschaft erleichtern. Also Aufgabe der landwirtschaftlichen Protektion.

Professor van Suntum:

Ich weiß nicht, ob Deutschland da eine besondere Führungsrolle übernehmen sollte oder kann. Ich glaube, wir sollten darauf hinwirken, dass Märkte geöffnet werden, dass Arbeit, aber auch Kapital mobiler wird. Wir sollten uns übrigens auch nicht der Migration, also der Einwanderung hier nach Deutschland, verschließen. Wir brauchen ja schon aus demographischen Gründen mehr Menschen hier in Deutschland, insbesondere mehr junge Menschen. Deutschland ist eigentlich immer gut gefahren, wenn es sich als weltoffenes Land präsentiert hat. Wir haben darauf nach dem Zweiten Weltkrieg unseren Wohlstand aufgebaut. Wenn, dann sollten wir die Rolle des marktwirtschaftlichen Mahners haben, aber auch des Vorbildes, was die Öffnung der Märkte und die Integration der ärmeren Länder in die Weltwirtschaft betrifft.

4.6 Möglichkeiten des G8-Gipfels in Heiligendamm

Frage: Der Tagungsort Heiligendamm wird durch einen kilometerlangen Schutzzaun und ein großes Polizeiaufgebot gesichert. Die Kosten für das Treffen werden mit mehr als 100 Millionen Euro kalkuliert. Expecten Sie, dass die Ergebnisse des Gipfels diese Kosten rechtfertigen?

Professorin Theurl:

Diese Kosten, die Sie ansprechen, sind offensichtlich zu einem sehr großen Teil Sicherheitskosten. Haben die Ergebnisse der WM in Deutschland ihre Kosten gerechtfertigt? Die Frage ist so nicht richtig gestellt. Man muss eher etwas früher in der Argumentationskette beginnen: Es ist notwendig, dass sich hochrangige Politiker immer wieder persönlich treffen. Telefon und Internet reichen dafür nicht aus. Nur so kann Unsicherheit abgebaut werden. Persönliche Begegnungen sind notwendig, um Verhaltensweisen und Entscheidungen vorhersehen und die Vertrauenswürdigkeit einschätzen zu können. Wenn sich viele sehr wichtige Menschen physisch an einem Ort treffen, baut sich schnell und in großem Ausmaß Öffentlichkeit auf. Viele „Trittbrettfahrer“ wollen dabei sein, andere müssen dabei sein. So entsteht ein großes Sicherheitsrisiko und in der Folge entsprechend hohe Kosten. Die Frage, ob die Kosten durch die Ergebnisse gerechtfertigt sein werden, habe ich bereits angesprochen. Die Ergebnisse bestehen nicht in den Pressecommuniques nach dem Gipfel, sondern sie stellen sich irgendwann und zwar sukzessive heraus. Denn wichtig ist, dass dort Themen angesprochen werden, dass Argumente ausgetauscht werden. Wichtig ist, dass Themen auf die Agenda kommen und andere von dort verschwinden. Aber ob bestimmte Ergebnisse der Diskussionen dann tatsächlich umgesetzt werden, zeigt sich meist erst in einem Zeitraum von ein oder zwei Jahren oder noch später. Auch der Wiener Opernball zeichnet sich etwa durch ein großes Polizeiaufgebot mit entsprechenden Kosten aus. Einige wichtige Personen sind präsent und sehr viele Beobachter und Besucher wollen diese Persönlichkeiten sehen. Auch hier stellt sich die Frage

der Sicherheit, die Kosten verursacht. Letztere können eindeutig und klar quantifiziert werden. Die Ergebnisse sind jedoch schwer zu fassen und sie fallen über einen längeren Zeitraum an: Das typische Problem einer Kosten/ Nutzenrechnung. Sie gilt es anzustellen, beim Gipfel in Heiligendamm, beim Wiener Opernball und bei der Fußball-WM.

Professor Apolte:

Ich habe keine Kosten/Nutzenrechnung gemacht. Wenn man ein so großes Treffen hat, da ist es kaum vermeidbar, dass man entsprechende Vorkehrungen treffen muss. Man könnte sich eine Welt vorstellen, in der wir alle friedlich miteinander umgingen, dann bräuchte man das alles nicht. Da würde man friedlich miteinander diskutieren, aber das ist natürlich etwas weltfremd. Insofern muss man damit leben, dass solche Zusammenkünfte geschützt werden müssen und dass es teuer ist, solche Zusammenkünfte zu schützen. Fragen könnte man, inwiefern die spezifische Organisation G8, wenn man es etwas allgemeiner fasst, noch zeitgemäß ist. Dies betrifft ganz allgemein die Struktur internationaler Organisationen, die sehr zersplittert sind und die sich mal hier, mal da in diesem oder jenem Zusammenhang treffen. Das fragt man sich schon, warum sind nun gerade diese und nicht andere Länder dabei. Alles das kann man diskutieren, aber es würde wahrscheinlich nichts daran ändern, dass Treffen auf höchster Regierungsebene sehr aufwändig bleiben werden. Ob dieses spezielle Treffen konkret fassbare Ergebnisse haben wird, die für die Weltwirtschaft einen größeren Effekt haben als diese 100 Millionen Euro an Kosten – das vermag ich nicht zu beurteilen. Aber generell würde ich zu den Kosten des Treffens sagen: So ist das nun mal, das lässt sich unter den gegebenen Bedingungen kaum ändern. Man kann kritisieren, dass das alles mit großem Pomp vor sich geht, aber wenn das nicht so wäre, würde das auch nicht viel ändern.

Professor Dieckheuer:

Nein.

Professor Grosseckttler:

Naja, das kann man so nicht sagen. G8-Treffen sind in aller Regel Showveranstaltungen, und ich denke, ohne diese Treffen käme in der Politik das Gleiche raus wie mit den Treffen. Man kann allerdings nicht ausschließen, dass manchmal auch etwas Besseres dabei rauskommt. Wenn die Spitzenpolitiker mal gemeinsam essen, verstehen sie sich vielleicht besser.

Prof van Suntum:

Diese Kosten sind angesichts der riesigen Probleme, die dort besprochen werden, vernachlässigbar gering. Daran kann es nicht scheitern. Viel wichtiger ist, was dabei herauskommt. Dabei möchte ich momentan keine Prognose wagen, aber ich halte es für richtig, dass man sich regelmäßig trifft. Es gibt auch im großen und ganzen gute Erfahrungen mit diesen Treffen, wenn ich etwa an das Plaza Agreement Mitte der achtziger Jahre oder an den Louvre Akkord von 1987 denke. Das ist schon die richtige Art, mit den Dingen umzugehen.

4.7 Legitimität des G8-Gipfels in Heiligendamm

Frage: Auf der Seite von Attac heißt es „G8 – Illegitim!“.⁴ Sehen Sie langfristig Gefahren darin, dass beim G8 nur ein kleiner Teil der Staaten berücksichtigt wird? Wäre es angemessen, solche Entscheidungen in den Gremien der UN zu treffen?

Professorin Theurl:

Auch in der UN, in der Weltbank oder im Internationalen Währungsfonds werden solche Entscheidungen getroffen. Diese Organisationen zeichnen sich durch einen größeren Mitgliederkreis aus. Natürlich ist es einfacher, wenn acht Personen diskutieren, als wenn 180 Vertreter diskutieren und am Ende Ergebnisse entstanden sein müssen. Für unterschiedliche Themen sind auch unterschiedliche Formen der Entscheidungsfindung vorgesehen. Es gibt internationale Vereinbarungen, was in welchem Kreis zu diskutieren und zu entscheiden ist. Dass sich die Vertreter der G8 treffen macht durchaus Sinn, wenn berücksichtigt wird, dass sie es sind, die einen Großteil der Handelsbeziehungen untereinander „abdecken“. Diese wirtschaftlichen Beziehungen bergen Gesprächsbedarf. Es geht dabei nicht um den gesamten Welthandel, sondern um einen großen Teil des bilateralen Handels, der innerhalb dieser Gruppierung stattfindet. Ob die G8 illegitim ist? Ist attac illegitim? Auch in dieser Gruppierung sind nicht alle vertreten. Zusammenfassend: Es ist zu differenzieren, um welche Themen es geht. Für jedes Thema existiert auch eine meist sachlich und formell zuständige Gruppierung.

Professor Apolte:

Gut, das habe ich ja gerade bereits angesprochen. Es ist natürlich etwas fragwürdig, dass sich gerade diese Länder zur G8

⁴ „www.attac.de/heiligendamm07“

zusammenschließen. Denn im Ergebnis werden dadurch bestimmte Interessen berücksichtigt, während andere Interessen systematisch außen vor bleiben. Insofern stellt sich die Frage, inwieweit so etwas wie die G8 noch sinnvoll ist, wem das dient und wem möglicherweise nicht; und alles das gilt auch für die G7, die es ja auch noch gibt. Ich glaube nicht einmal, dass diese spezifische Form die nächsten zehn Jahre überstehen wird. Da wird sich sicher noch einiges ändern. Auf der anderen Seite ist es aber auch so: Solange es nicht so etwas wie eine Weltregierung gibt, die eine eigene Legitimität für sich beanspruchen kann, wird es solche Zusammenschlüsse geben – und das wird auf absehbare Zeit der Fall sein, das wird sich nicht vermeiden lassen.

Man muss ja immer Gruppierungen zusammen bringen, die dann auch in irgendeiner Form entscheidungsfähig sind. Es ist natürlich immer etwas anrühlich, wenn ausgerechnet die Reichsten der Welt sich zusammenschließen und Entscheidungen treffen, die dann weltweite Auswirkungen haben. Deshalb ist es richtig, solche Gruppierungen genau und kritisch zu beobachten. Ihnen aber grundsätzlich jede Legitimität abzusprechen, geht aus meiner Sicht zu weit. Es ist schließlich das Recht eines jeden Staates, mit anderen Staaten zu kooperieren und eine solche Kooperation wie auch immer zu benennen. Wichtig ist am Ende aber immer, was die Vertreter der Staaten schließlich machen, welche Entscheidungen sie fällen – das muss öffentlich sein und auch einer öffentlichen Kritik zugänglich sein. Aber verbieten kann man ihnen ihre internationale Kooperation ohnehin nicht.

Professor Dieckheuer:

Nein, ich sehe keine Gefahren, solange die G8-Staaten ihre internationale Verantwortung ernst nehmen – und das ist m. E. der Fall. Es muss erlaubt sein, dass sich einige Partner zu einem kooperativen Verband zusammenschließen, um damit gewisse Entscheidungsprozesse zu entwickeln und voran zu treiben. Denn bekanntlich ist es auf den internationalen Entwicklungskonferenzen mit 100 und mehr Ländern kaum möglich, konsensfähige

Ergebnisse zu erzielen. Auch bei den G8 gibt es widerstreitende Interessen, aber ich habe den Eindruck, dass diese nicht nur ihre eigenen nationalen Interessen verfolgen. Auch zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern wird dort nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Also, die Aussage von Attac halte ich für übertrieben.

Frage: Wäre es angemessener, solche Entscheidungen in den Gremien der UN zu treffen?

Ja, die letztendlichen Entscheidungen schon. Gleichwohl müssen die wirtschaftlich starken Partner - so auch die G8 - voran gehen. Bei der UN besteht das Problem, dass dort seitens der Entwicklungsländer häufig nur Forderungen gestellt werden. Das stößt dann zunehmend auf den Widerstand der USA und anderer Industrieländer. Deshalb halte ich es für besser, dass sich die Industrieländer, die ja die Geberländer sind, vorab darauf einigen, was sie tun können und tun sollten. Und dass kann man dann in die UNO einbringen. Zu nennen sind diesbezüglich auch andere internationale Organisationen wie Weltbank, IMF oder WTO, je nachdem welche Zielsetzungen im Einzelnen zugrunde liegen.

Professor Grossekketter:

In der UN kriegen sie keine Entscheidungen hin. Also wenn, dann werden die größten Staaten immer ein gewisses Maß an Kartellinteressen vertreten. Das ist schon richtig, aber die UN – das ist ein Deklarationsgremium. Sie kriegen da keine wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Treffen, wie das der G8-Staaten, sorgen dagegen manchmal dafür, dass vorher etwas geklärt wird, weil der Gastgeber gerne etwas vorweisen will.

Professor van Suntum:

Was heißt berücksichtigt, da arbeiten einfach die größten und wichtigsten Industrienationen der Welt zusammen und bemühen sich, das Weltwährungssystem und das Welthandelssystem in Gang zu halten. Entscheidungen werden nicht unbedingt dadurch besser, dass mehr Leute daran teilnehmen. Diese Erfahrung kann ich aus der Fakultät und auch anderen Gremien hier mit einspeisen. Es gibt auch noch andere Foren bei der Weltbank oder bei der UN, wo auch die Entwicklungs- und Schwellenländer beteiligt werden. Ich halte die kleineren Treffen für durchaus sinnvoll. Man kann darüber diskutieren, ob der eine oder andere zusätzliche Akteur noch dazukommen sollte. Früher gab es G5 und G6-Treffen, heute gibt es schon acht Länder. Aber diese Grundsatzkritik von Attac finde ich sehr populistisch und auch einfältig.

5. Schlussbemerkung und Bewertung

Das Meinungsbild der von mir befragten Professoren der WWU ist insgesamt recht homogen. Globalisierung wird vor allem als unaufhaltsamer Prozess, aber auch als Chance zur Steigerung des weltweiten Wohlstands betrachtet. Die Anpassungsprobleme für einzelne Volkswirtschaften werden zwar wahrgenommen, aber als lösbare Übergangsprobleme bewertet. Insgesamt macht uns der volkswirtschaftliche Sachverstand der WWU also Mut für die Zukunft in einer globalisierten Welt und fordert uns alle auf, uns den Herausforderungen zu stellen. Dabei steht für Deutschland die Spezialisierung der Unternehmen und insbesondere die Höherqualifizierung des „Faktors Arbeit“ im Vordergrund. Diese Standortvorteile gilt es weiter zu verbessern.

In dieses positive Bild sind sicherlich viele Aspekte richtig eingezeichnet. Ich selbst bin aber nicht sicher, ob dieses Bild die negativen Aspekte der tatsächlichen Entwicklung ausreichend

berücksichtigt. Die Professoren argumentieren hauptsächlich über die Chancen längerfristiger Entwicklungen, mit den kurz- und mittelfristigen Nachteilen und Problemen, insbesondere für viele Arbeitnehmer in vielen Staaten der Welt, beschäftigen sie sich allerdings weniger und verweisen sie eher in die Zuständigkeiten der Politik als der Wirtschaft.

Es ist nicht meine Absicht, das positive Bild insgesamt in Frage zu stellen. Aus meiner Sicht gibt es aber Entwicklungen, in Deutschland wie auch weltweit, die in diesem Bild nicht ausreichend berücksichtigt wird.

So ist für Deutschland zu fragen:

- Können wir uns wirklich damit abfinden, dass viele Menschen dauerhaft nicht mehr ins Arbeitsleben integriert werden, weil sie (angeblich) nicht ausreichend qualifiziert sind und auch nicht mehr qualifiziert werden können?
- Ist es sowohl unter Gerechtigkeits- als auch Leistungsgesichtspunkten zu rechtfertigen, dass die Einkommensspanne zwischen verschiedenen Berufsgruppen immer weiter auseinander geht (siehe z.B. DIW Wochenbericht 06/2007)? Ist es in Ordnung, dass hohe Unternehmensgewinne infolge der Lohnzurückhaltung bei den Arbeitnehmern zu Einkommenssteigerungen bei den leitenden Angestellten führen?
- Wird also Globalisierung insgesamt als Rechtfertigung für wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeiten missbraucht?

Mit Bezug auf die Weltwirtschaft ist aus meiner Sicht zu fragen:

- Hat die Rolle von Wirtschaftsinstitutionen, wie insbesondere des IWF, vielen Ländern bei ihrer Entwicklung im Rahmen der Globalisierung nicht eher geschadet als genutzt?

- Ist es wirklich akzeptabel, dass die Interessen großer, unregulierter Finanzinvestoren die Entwicklung von ganzen Regionen beeinträchtigen können?
- Warum gelingt es immer noch nicht, große humanitäre Katastrophen (wie millionenfachen Hungertod und Malariaepidemien) zu verhindern, während die Nationalstaaten nach wie vor Abermilliarden in Rüstung und Krieg stecken?

Offensichtlich gibt es keine einfachen Lösungen für die genannten Probleme. Gerade deshalb ist es aber sehr fraglich, ob ein stures Festhalten an einem einseitig orientierten Programm, wie es z.B. im „Washington Consensus“ mit Begriffen wie Staatsabbau, Privatisierung, Handels- und Kapitalmarktiliberalisierung und Deregulierung plakatiert wird hilfreich und weiterführend ist. In diesen Begriffen werden die tatsächlichen Folgen und politischen Verantwortlichkeiten in vielen Fragen überhaupt nicht berücksichtigt. Was z.B. nützt einem Entwicklungsland die Liberalisierung seiner Märkte, wenn es nicht einmal einen funktionsfähigen Hafen für den Export der eigenen Güter hat.

Die Wirtschaftswissenschaften sollten es sich nicht leicht damit machen, den sozialen Konsequenzen ihrer Theorien und Vorschläge nur nachrangige Bedeutung zu schenken und allein auf die Vorteile freier Märkte zu setzen.

Natürlich konnten viele Fragen dieser Art in meiner kleinen Studie nicht ausreichend erhoben und erörtert werden. Meine Anmerkungen verstehe ich deshalb auch nicht als Kritik am Meinungsbild der von mir befragten Professoren, sondern als offene Themen für die weitere Diskussion auch in den Wirtschaftswissenschaften. Angesichts der oben angesprochenen Probleme und Fehlentwicklungen bin ich fest davon überzeugt, dass unkontrollierte Globalisierungsprozesse keinen Automatismus zu mehr Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit beinhalten. Vielmehr ist eine aktive Gestaltung dieser Prozesse notwendig, wenn sie nicht zu mehr Elend und schließlich auch zu massiven sozialen Konflikten führen sollen. Für mich ist es eine zentrale Aufgabe und

Verantwortung der Volkswirtschaftslehre, an der Entwicklung von Instrumenten für eine Politik der aktiven Gestaltung von Globalisierungsprozessen mitzuwirken.